

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldmark voraus zahlbar. Unter Straßband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Kurland wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Straßband erhaltungen nachgekauft werden. Beständige Zahlung. Fortbezugpreis für Februar 1.- Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Zeit und Welt“ u. „Gedichte und Kleingarten“, sowie der Unter- haltungsbeilage „Sonnenschein“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareil- zeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Gold- mark (außer für zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Streifenzeile das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kerniprecher: Redaktion: Dönhof 292-295 Verlag: Dönhof 2506-2507

Donnerstag, den 24. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Bankkonto: Berlin 375 36 - Postkonto: Direktion der Postkonten-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Macdonalds erster Kabinettsrat.

Arbeiterregierung und Lokomotivführerstreik.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Kabinettsrat der neuen Regierung wurde am Mittwochabend unter Macdonalds Vorsitz abgehalten. Anwesend waren zehn Mitglieder des neuen Kabinetts. Zur Beratung stand das neue Regierungsprogramm. Es wurde beschlossen, die Hauptaufmerksamkeit und die größte Energie für das Problem der Arbeitslosigkeit aufzuwenden; weiterhin wurde man sich einig darüber, daß die Alterspensionen eine neue und freie Regelung erfahren müssen. Mit Bezug auf das außenpolitische Programm hat Macdonald, wie in unerschulerten Kreisen verlautet, die feste Absicht, mit Hilfe seiner Ministerkollegen Lord Halifax und Lord Parmoor, die beide ausgezeichnete außenpolitische Spezialisten sind, sofort in der Reparationspolitik und der Frage der Wiedergewinnung Europas ohne Zelförderung energische Schritte zu unternehmen.

Oliver, der neue Vizekönig von Indien, wird als erster zum Peer (Oberhausmitglied) ernannt werden. Wie es heißt, sind die Mitglieder des Kabinetts darüber einig, eine ständige Kontrolle der Partei zurückzugeben, dagegen will das Kabinett in dauernder Fühlung mit der Partei bleiben. Dieser Auffassung hat sich auch Wheatley, der als gemäßigter Extremist gelten kann, angeschlossen.

Anzweifelnd stellt der Streit der Lokomotivführer eine Angelegenheit dar, der gegenüber die neue Arbeiter- regierung nicht gleichgültig sein kann, da sie zu einer beträchtlichen Erklärung des Verkehrs und schwer erträglichen Unzulänglichkeiten geführt hat. Die Arbeiterführer haben den Verlust einer Schlichtung des Konflikts ohne Zwang unternommen. Die Lage bezüglich des Streiks ist jetzt folgende: Die Eisenbahnunternehmer nahmen gestern die Forderung des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer nach einer neuen Besprechung an, unter der Voraussetzung, daß sie, die Unternehmer, nicht über ihre letzten Bedingungen hinausgehen könnten, die vor Streikbeginn vom Verband zurückgewiesen wurden. Es wird erwartet, daß die Besprechung mit größter Beschleunigung herbeigeführt werden wird. Man nimmt es als Anzeichen für eine gütliche Beilegung des Streiks, daß der neue Arbeitsminister, Genosse Tom Shaw, die Sitzung des Generalkonvents des Trades-Union-Kongresses besuchte, in der diese Frage besprochen wurde. Hierzu auserwählte Mitglieder des Genera-

rates sollen ungesäumt den Versuch zur Herbeiführung des Friedens unternehmen.

Genosse Thomas, der neue Staatssekretär für die Kolonien, erklärt, daß er seinen Posten als Sekretär des Eisenbahner- verbandes nicht aufgeben, sondern nur einen längeren Urlaub genommen habe. Von den anderen Gewerkschaftsführern, die in hohe Staatsstellungen eingetreten sind, ist ein ähnliches Vorgehen zu erwarten.

Arthur Bonsonby ist zum Unterstaatssekretär für aus- wärtige Angelegenheiten ernannt worden.

Der erste weibliche Regierungsvertreter.

London, 23. Januar. (W.T.B.) Miss Bondfield ist zum Par- lamentarischen Sekretär des Arbeitsministeriums ernannt worden.

Polnisch-sozialistische Begrüßung.

Warschau, 23. Januar. (Eca.) Eine Abordnung der polnischen sozialistischen Partei ist nach London abgereist, um die neue eng- lische Regierung Macdonald zu begrüßen.

Die Aufnahme in der Pariser Presse.

Paris, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Ar- beiterregierung wird von der französischen Presse rühmend und zurück- haltend besprochen. Auch die mehrfachen Erklärungen Ramsay Mac- donalds zugunsten einer englisch-französischen Verständigung legen Paris in der Beurteilung des neuen englischen Kabinetts eine gewisse Reserve auf. So sind es eigentlich nur die ausgesproche- nen nationalistischen Organe, die sich der Ausfälle gegen den Sieg der Arbeiterpartei in England nicht ganz zu enthalten vermögen. In einzelnen der bürgerlichen Organe werden die englischen Libe- ralen scharf angegriffen, daß sie Macdonald in den Sattel gehoben hätten. Andere Blätter unterstreichen mit hämischer Schadenfreude, daß die erste Wirkung des Überganges der Regierung ein Fallen des englischen Pfunds gegenüber dem Dollar gewesen sei. (Genosse Breitfeld hat in gestrigen Abend-„Vorwärts“ schon auf dieses oppositionelle Börsenmanöver des Schieberkapitals hingewiesen. Red.) Der sozialistische „Populaire“ gibt der Meinung Ausdruck, daß der Regierungswechsel fürs nächste keine großen Verände- rungen in der inneren Politik Englands bringen werde. Die parlamentarische Situation verbiete der Arbeiterpartei gewagte Initiativen und radikale Umsturzversuche.

Lenins Erbe.

Vertwirrung unter den Diktatoren.

Moskau, 23. Januar. Der unerwartet eingetretene Tod Lenins hat innerhalb der Kommunistischen Partei und der Sowjet- regierung eine gewisse Verwirrung hervorgerufen. Zwar ver- suchen die maßgebenden Instanzen der Kommunistischen Partei in der Regierung, die Öffentlichkeit hiervon nichts erfahren zu lassen, indem sie in öffentlichen Auftritten Lenin feiern und sein Erbe als gelehrt bezeichnen, obwohl gerade durch die fortgesetzte Betonung dieser Tatsache in den Auftritten ein gewisser Eindruck der Verwirrung hervorgerufen wird. Bezeichnend ist übrigens ein Befehl des Revolutionären Kriegsrates an die Rote Armee und Flotte, der sofort nach dem Tode Lenins, scheinbar nicht in guten Vorahnungen, erlassen wurde. In dem Befehl heißt es u. a.:

Angesichts des tragischen Verlustes unseres Führers wendet sich der Revolutionäre Rot an die Armee und Flotte mit der Aufforderung, mit noch größerer Stärke und Unerhütterlichkeit auf ihrem schwereren Posten der Verteidigung aller Eroberungen der Oktoberrevolution zu stehen. Die den Geboten Lenins treue Rote Armee und Flotte ist und bleibt die Stütze der Sowjetmacht.

Der Nachfolger Lenins wird nach dessen Beerdigung auf Bor- schow der „Troika“, des Dreimännerkollegiums, das die Führung der R.P.R. innehat, gewählt werden. In Frage kommen in erster Linie Kamenev und Rykow, die bisher schon als Stell- vertreter Lenins fungierten. Da Kamenev Jüde ist, dürfte Rykow mehr Aussicht auf Erfolg haben. Trotzki, der sich im Erholungs- urlaub befindet, scheidet auf Grund seiner oppositionellen Haltung zum Partei-Zentralkomitee als Nachfolger von vornherein aus.

Deutsches Beileid für Lenin.

Anlässlich des Ablebens von Lenin hat der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Falken, dem sowjetrussischen Bot- schafter die Teilnahme der deutschen Regierung zum Ausdruck ge- bracht. Außerdem ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Vorsitzenden des Zentralkomitees des Bundes der SED, Kalinin, und das Beileid des Auswärtigen Amtes dem Volkskommissar Uchtischerin auszudrücken.

Das Exekutivkomitee rüffelt Nabel.

Moskau, 23. Januar. Die Desavouierung Kabeles durch das Exekutivkomitee kommt in nächsterbelegter Entscheidung zum Ausdruck:

Das Vorgehen Kabeles in Sachen der kommunistischen Bewe- gung in Deutschland stand im Widerspruch zu den poli- tischen Richtlinien des Zentralkomitees. Kabeles Politik unterläßt die Bestrebungen der Minderheit der kommunistischen Partei Deutschlands, während das Zentralkomitee die Unterstützung der Mehrheit und Zusammenarbeit mit der Minderheit empfahl. Das Plenum des Zentralkomitees erklärt, daß der Ungehorsam

eines Mitgliedes des Zentralkomitees in der Außenpolitik un- zulässig ist und warnt Kabele sowie seine Genossen vor dem Hineintragen des Fraktionsstamps in die „Komintern“ (Kommun- istische Internationale).

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in London hat der Moskauer Internationale telegraphisch sein Beileid ausgesprochen.

Gegen die Goldnotenbank.

Natürlich — der „Temps“.

Paris, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag von dem ersten Sachverständigenkomitee abgegebene Erklärung, in der der Plan auf Errichtung einer deutschen Goldnotenbank gebilligt wird, stößt in einem Teil der französischen Presse auf starke Vor- behalte. Der „Temps“ dürfte die Auffassung der ausstän- digen Stelle wiedergeben, wenn er bemerkt, es verstehe sich von selbst, daß durch die Meinung der Sachverständigen weder die Repa- rationskommission noch eines der im Komitee vertretenen Länder festgelegt werden. Wie das Komitee selbst betont habe, könne die Errichtung einer Goldnotenbank nur ein Teil des noch aufzustellenden Gesamtprogramms zur Sanierung der deutschen Finanzen sein. Ueber dieses Programm aber dürfte die Reparationskommission bzw. die alliierten Regierungen zu entscheiden berufen sein, und ihre Ent- scheidung werde ausschließlich bestimmt werden davon, in welchem Umfang durch dieses Programm der Eintrag der Reparationen gesichert werde.

Schacht ist nicht Koloffsch — der „Temps“ kann auf deutsche Bestehungsgelder warten!

Die Arbeit der Ausschüsse.

Paris, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das erste der beiden Sachverständigenkomitees hat am Mittwoch die Prüfung des ihm von Dr. Schacht unterbreiteten Planes zur Errichtung einer Gold- notenbank fortgesetzt. Es hat weiterhin über ein Arbeitsprogramm für seinen Aufenthalt in Berlin, der auf mindestens eine Woche berechnet ist, beraten. Das zweite Komitee hat am Mittwochmorgen eine längere Besprechung mit Staatssekretär Bergmann und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Releas- lationskommission Dr. Meyer gehabt; es hat beschlossen, sich Ende der nächsten Woche gleichfalls nach Berlin zu begeben.

„Die ordentliche Polizei.“

Speyer, 23. Januar. (W.T.B.) Anlässlich eines Empfangs ausländischer Journalisten, die zurzeit die Pfalz bereisen, durch General de Meß wurde diesem von einem der Journalisten die Frage vorgelegt, wie es komme, daß die separatistischen Banden mit Waffen im Lande herumziehen dürften, während die mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betrauten verfassungs- mäßigen Beamten entworfen seien. General de Meß antwortete darauf: „Was Sie separatistische Banden nennen, ist die ordentliche Polizei der neuen Regierung, die wir de facto anerkennen.“

Die Justiz-Diktatur.

Von Staatsanwalt Metz - Heidelberg.

Die Menschen unserer Zeit rufen allewege nach einem führenden starken Manne. Dabei sind sie selber in der überwiegenden Mehrzahl von einer auffälligen Stumpfheit und geistigen Gleichgültigkeit befallen. Dieses Nebeneinander mag dem oberflächlichen Beobachter als ein merkwürdiger Gegensatz erscheinen. Genauere Prüfung aber weist eine enge Beziehung zwischen den beiden Erscheinungen auf. Die politische Gedankenarmut, die durch die romantisch- historische Betrachtungsweise charakterisiert wird, hat ein Ge- fühl der Hilflosigkeit ausgelöst, aus dem heraus der Ruf nach dem Diktator laut wird. In ihm sollen sich alle die Eigen- schaften zusammensenden, die der Mehrzahl unserer Zeit- genossen abgehen. Zwiespältig ist unsere Zeit. Sie hat selbst das Gefühl ihres Unvermögens. Was die Gesamtheit nicht vermag, soll der Leistung eines einzelnen vorbehalten sein. Es ist der Glaube an die Rettung durch das Wunder, der Deutsch- land im letzten Jahrzehnt schon so oft auf Irrwege geführt hat. Er macht die Menschen untätig, nimmt ihnen die Spannkraft und die politische Energie.

Diese Entwicklung führt zu einer höchst bedauerlichen Min- derung der geistigen Anteilnahme an der Gestaltung des staat- lichen Lebens, soweit es sich um außerwirtschaftliche Angelegen- heiten handelt. Die Mitarbeit der geistigen Kräfte erlahmt, das öffentliche, vor allem das politische Leben verarmt an Ideen und verflacht.

Recht erwächst aus der Gemeinschaft. Grundlegende Ge- setze sind Formen, in denen aus der Gemeinschaft des Volkes, aus dem in seinen Reihen geführten Kampf der Ideen ge- wachsene Rechtsüberzeugungen allgemeingültige Fassung ge- wonnen haben. Das Wesen des guten Gesetzes ist seine Popu- larität, sein Verwachsen mit den Empfindungen des Volkes. Nicht jede Zeit ist instande, Gesetze zu formen, die diesen An- forderungen entsprechen. Eine wichtige Voraussetzung ist die gründliche begriffliche und sachliche Beherrschung des Ma- terials, die, auf einer sorgfältigen Bewertung langjähriger Erfahrungen aufbauend, die Wirkungen gesetzlicher Verallge- meinerungen zu übersehen in der Lage ist. Des weiteren ist erforderlich eine gewisse Ausgeglichenheit in den Machtverhält- nissen der den Staat bildenden Gruppen, damit nicht eine Ver- gewaltigung gewisser erheblicher Teile des Volksganges ein- tritt. Darüber hinaus aber muß das ganze Volk von dem Eifer befeuert sein, mitzuarbeiten an der Gestaltung der Gesetze, die seine Lebensformen bilden. Die Männer der Wissenschaft vom Recht müssen als Bannerträger voranschreiten, als Weg- weiser, wenn der Gesetzgeber den Weg, dessen Einschlagung durch die Entwicklung des Rechts geboten ist, zu verlassen im Begriffe steht.

Wir erleben in diesen Tagen einen Umsturz unserer Gerichtsverfassung und der Strafgerichts- ordnung in einem Ausmaße, das in den Jahren vor dem Kriege alle Geister auf den Plan gerufen hätte, sei es um dafür oder dagegen Stellung zu nehmen. Hat man gehört, daß eine deutsche Juristenfakultät, eine Juristenvereini- gung irgendwo und irgendwie der Neuordnung begeifert zugejubelt oder flammenden Protest dagegen erhoben hätte? Ist auch nur ein Teil jener Bewegung spürbar, wie dort, wo es sich um Gehaltsfragen oder um Gebührensätze handelt? Wir sind verstrickt im Materieellen. Die Sorge um das wirtschaftliche Heute und Morgen beschäftigt die Menschen so sehr, daß selbst jene, deren Beruf es ist, über die Gestaltung des Rechts zu wachen, müde und resignierend die Hände stat an die Feder in den Schoß legen und zusehen, wie wesentlich Teile unseres Rechts ohne Not in einer Weise umgestaltet werden, die dem Geiste ihrer Entwicklung auf das schärfste widerspricht. Unter den Besten gibt es Männer, die es in den Augenblick, wo es um den wirtschaftlichen Aufbau Deutsch- lands geht, für gleichgültig oder mindestens von gänzlich nach- geordneter Bedeutung erklären, wie die Strafjustiz gestaltet sei, die dem erstaunt, ja vorwurfsvoll begegnen, der in scharfer Kritik gegen die „Justizreform“ angeht, die die deutsche Reichs- regierung dem deutschen Volk aufgedrängt hat.

Nur eine Zeit t ä t i g e r Anteilnahme derer, die das Recht in Anwendung lebendig fortentwickeln, und derer, die es lehren kann ein Recht schaffen, das Vertrauen genießt. Das Ver- trauen zum Recht, vor allem zum Recht der Straf- justiz, die ja die schwersten Eingriffe in die Persönlichkeits- sphäre des Menschen vornimmt, ist die Stütze des Staates. Nur ein Recht, das vom Vertrauen des Volkes getragen wird, ist auf die Dauer ein für einen Staat erträgliches Recht. Dieses Vertrauen wird in aller Regel nur dann vorhanden sein, wenn es auch dem Gesetzgeber selber entgegengebracht wird.

Dies letzte ist vielleicht eine der wichtigsten Vorbedin- gungen, die eine Zeit benötigt, um für sich den Beruf für die Gesetzgebung in Anspruch nehmen zu können. Nun werden aber die Anhänger aller Richtungen darin übereinstimmen, daß wir noch mitten in einem unentschiedenen Kampf der Parteien um die Macht im Staate stehen. Welche Zeit wäre unge- eigneter, die Justiz gesetzgeberisch neu zu ordnen? Mit seinem Takt hat die Sozialdemokratie selbst in den Zeiten, als es ihr die Machtverhältnisse gestattet hätten, davon abge-



sehen, Deutschland eine Justizgesetzgebung aufzudrängen, die den Anschauungen weiter Kreise des Volkes widersprochen hätte. Die Anwendung der Gesetzgebung wäre bald in heftigen Widerstreit getreten mit dem Geiste, aus dem heraus die Gesetze erlassen waren. Zum Schaden des Rechts und der Justiz. Einer im Grunde konservativen Reichsregierung — man tut der Regierung Marx nicht unrecht, wenn man sie so benennt — ist es vorbehalten geblieben, eine Strafgerichtsorganisation zu schaffen, die im Widerspruch steht mit den Anschauungen und den Forderungen der Mehrheit des deutschen Volkes. Die Schwurgerichte sind abgeschafft. Es ist ein Etikettenschwindel schlimmster Art, wenn man die mit 3 Berufsrichtern und 6 Laien besetzten Gerichte der Emmingerschen Reform Schwurgerichte nennt. Die Schöffengerichte sind zugunsten eines Einzelrichters, der nun Menschen auf viele Jahre ins Zuchthaus schicken kann, außer Wirksamkeit gesetzt. Zweifelt jemand daran, daß bei einer Volksbefragung sich eine überwältigende Mehrheit gegen die Reform wenden würde? Und wer weiß, ob nicht morgen wieder eine Regierungszusammensetzung gegeben ist, die die Auffassung dieser Mehrheit teilt? Um so weniger berechtigt ist die jetzige grundstürzende Neuordnung. Es ist übrigens auch nicht gerade imponierend, zudem rechtlich auch höchst bedenklich, wie man die demokratische Gestaltung der Strafrechtsplege befeitigt.

Daß man diese „Justizreform“ in diese an Konfliktstoff wahrlich reiche Zeit hineinwirft, zeigt, daß es um Weltanschauungen, um Staatsauffassungen geht. Das können nur Träumer und Ideologen verkennen. Gerade darum aber wäre es mannhafter gewesen von der Regierungseite, offen dafür in die Arena zu treten. Ein Dekret ist schnell erlassen. Aber nur wenn es vom Geiste gesegnet ist, kann es von bleibendem Wert sein. Haben die Verordnungen der letzten Zeit diesen Segen?

Den Beruf unserer Zeit für die Gesetzgebung können wir nicht erkennen. Die Voraussetzungen dafür sind nicht bei der Gesamtheit vorhanden, noch weniger aber bei dem mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Gremium der Regierung. Die Art der Gesetzgebung, wie sie unter der Geltung des Ermächtigungsgesetzes gehandhabt wird, in der auch die Justizreform durchgeführt wurde, ist lediglich dazu geeignet, das Ansehen des Rechts zu schädigen. Der Glaube an die Heiligkeit der Gesetze leidet Not, wenn grundlegende Gesetze willkürlich abänderbar erscheinen. Erst wenn wir den Konservatismus des Rechts wieder anerkennen, werden wir zu einer Gesetzgebung von Dauer befähigt sein.

### Eine neue Emmingerei. Revolution im Zivilprozeß.

Das „Berliner Tageblatt“ macht Mitteilungen über neue Absichten der Reichsregierung, auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes auch am Zivilprozeß ähnliche Pseudoreformen vorzunehmen wie kürzlich am Strafprozeß. Der neu geplante Umsturz des Zivilprozeßes könnte, da neue Ausführungsanordnungen, Formulare und andere Maßnahmen notwendig sind, frühestens in Monaten, also lange nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes, in Kraft treten. Die neuen Pläne des Justizministeriums bedeuten also einen glatten Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes und den Versuch, unter Ausschaltung des Parlamentes Änderungen durchzusetzen, die sonst nie und nimmer die Zustimmung der Volksoberleitung finden würden.

Nach den Angaben des „Berliner Tageblatts“ sind die Vorbereitungen der neuen grundlegenden Veränderungsprojekte schon sehr weit gediehen. Die wichtigste Neuerung besteht in der Wiedererführung der sogenannten Ewentualmaxime, die darin besteht, daß die Parteien genötigt sind, bis zu einem bestimmten Abschnitt des Vertrages nach dem Entwurf bis zur ersten streitigen Verhandlung neue Behauptungen vorzubringen. Damit werden die Parteien gezwungen, alles was sie überhaupt eventuell vorzubringen haben werden, von Anfang an systematisch zusammenzutragen, um endgültigen Schaden für sich zu verhüten. Ferner sieht der neue Ent-

wurf eine außerordentliche Erweiterung der prozessleitenden Befugnisse des Gerichts vor. Den Parteien wird die Möglichkeit entzogen, über die Vertagung von Terminen oder das Ruhen von Prozessen Vereinbarungen zu treffen; das Gericht erhält die Befugnis, die Parteien unter Androhung von Strafen zum persönlichen Erscheinen im Termin zu zwingen. Die Berufungsfrist soll auf 14 Tage abgekürzt werden und nicht vom Tage der Zustellung, sondern vom Tage der Verkündigung an gelten. Dadurch werden die Parteien oft gezwungen sein, Berufung einlegen zu müssen, ehe sie überhaupt die Gründe kennen, auf denen das anzufechtende Urteil beruht. Das „Tageblatt“ schließt seine kritische Darstellung mit der Bemerkung:

„Der Entwurf erweist sich als ein vollkommen untaugliches Mittel zu dem gewünschten Zweck der Vereinfachung und Erspargung. Es rächt sich die überhäufte Arbeit und die Umgehung aller Erfahrungen mit dem wirklichen Leben in wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Kreisen. Es ist dringend zu wünschen, daß der unmäßige Entwurf ebenso schnell wie er verschwindet wie er aufgetaucht ist.“

Zu dem Verschwinden dieses Entwurfes wird jedenfalls der in Kürze zusammentretende Reichstag beizutragen haben. Die Emmingerei in der Justiz hat das Entsetzen der gesamten Öffentlichkeit wie der Hochwelt herbeigeführt. Wenn irgend etwas abgebaut werden muß, dann offenbar zunächst der Herr Emminger selber.

\*  
Künftig wird über die Sache folgende Beruhigungsnotiz verbreitet:

Ueber die von der Reichsregierung zur Beschleunigung und Vereinfachung des Zivilprozeßverfahrens geplanten Maßnahmen sind in verschiedenen Zeitungen eingehende Auslassungen erschienen. Gegenüber der darin enthaltenen Bemerkung, daß der Entwurf ohne Grund den beteiligten Kreisen vorenthalten worden sei, ist festzustellen, daß der Entwurf bereits vor einiger Zeit den Organisationen der Richter und Anwälte sowie führenden Parlamentariern bekanntgegeben worden ist. Ueber seine endgültige Gestaltung wird erst nach Eingang der erbetenen Äußerungen und nach der bevorstehenden mündlichen Anhörung sachkundiger Beteiligter Entscheidung gefaßt werden. Die über Inhalt und Ziele des vorläufigen Entwurfes bisher gebrachten Darstellungen sind in wesentlichen Punkten irreführend.

### Wahllehren.

#### Lehrreiche Ziffern aus den sächsischen Wahlkämpfen.

Es gehörte früher zu den Aufgaben konservativer und liberaler Politiker, darüber sich den Kopf zu zerbrechen, mit welchen Mitteln die Sozialdemokratie am wirksamsten zu bekämpfen ist. Vorschläge aller Art wurden gemacht. Bald griff man zu „geistigen Waffen“ wie das vom Zentrum mit der Schule in München-Gladbach geschah, aber es wurden auch plumpere Mittel nicht verschmäht. Speziell in Sachsen hat man die verschiedensten Methoden angewandt. Polizei und Gericht wetteiferten in der Anwendung ihrer Machtmittel, außerdem bildeten sich ganze Industrien heraus, die gegen gute Bezahlung, wie z. B. Hans Blum, Lebus und andere, sogenannte geistige Waffen lieferten.

Alle Mittel verlagten. Weder die Radeltischpolitik der Polizei noch die Justizgymnastik der Gerichte oder die Werte berufsmäßiger Verteilung vermochten die Entwicklung der Sozialdemokratie zu hemmen. Jeder Wahltag bewies, daß die Partei stärker geworden war. Die Zeiten, in denen jeder Wahltag ein Siegestag war, sind leider vorüber. Nicht die Gegner haben das wirksame Kampfmittel gefunden, sondern es sind die Arbeiter, die im Bruderkampf das zerstören, was sie einst im heftigen Kampf mit den Gegnern aufgebaut haben.

Der Bruderkampf begann, als während des Krieges die Spaltung der Partei eintrat. Wie viel der Kampf bis zum Ausbruch der Revolution die Gesamtbewegung geschädigt hat, läßt sich nicht nachweisen. Beim Ausbruch der Revolution war Sachsen noch immer das Land, das an der Spitze

der Bewegung marschierte. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurden von 2 418 382 gültigen Stimmen 1 111 753 für die Kandidaten der SPD. und 342 038 für die Kandidaten der USPD. abgegeben. Die proletarischen Parteien verfügten also trotz der Stimmenhaltung der Kommunisten über 1 453 798 Stimmen. Also 60 Proz. Wähler bekannten sich zur Sozialdemokratie.

Während der Tagung der Nationalversammlung wurde der Bruderkampf besonders heftig. Kommunisten und ein Teil der Unabhängigen wollten in Deutschland die russische Politik nachahmen, während die Vertreter der SPD. an den alten Grundsätzen festhielten und die demokratische Republik als Grundlage für die sozialistische Gesellschaft ausbauen wollten. Der Erfolg des Bruderkampfes zeigte sich bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920. Die Zahl der Stimmen für die Kandidaten der SPD. sank von 1 111 753 auf 581 778; sie verloren also 529 975, während die Zahl der Stimmen der Unabhängigen auf 609 384 stieg und die Kommunisten 105 222 Stimmen erhielten. Dem Verlust von 529 975 der SPD. steht also ein Gewinn der Unabhängigen von 267 346 und der Kommunisten von 105 222 gegenüber. Für die drei Parteien zusammen bleibt ein Verlust von 157 407 Stimmen, die man den Gegnern oder der Gruppe der Nichtwähler zugetrieben hatte.

Das Jahr 1920 brachte im November eine Landtagswahl in Sachsen. Im Oktober hatten die Unabhängigen den Parteitag in Halle, der die Spaltung brachte. Jetzt gab es vier proletarische Gruppen, die sich gegenseitig bekämpften. Bei der Landtagswahl erhielt die neue Gruppe der Unabhängigen 286 662 und die andere Gruppe 60 188 Stimmen. Sie verloren also 262 534 Stimmen, während die Kandidaten der SPD. 5033 und die der Kommunisten 12 494 Stimmen gewannen. Der gegenseitige Kampf hatte also den Gegnern wieder 245 007 Stimmen zugeerben. Der Anteil der proletarischen Stimmen war nun von 60 Proz. im Jahre 1919 auf 50,8 Proz. gesunken.

Die Genossen, die scharf im Kampf sind, werden vielleicht die Gründe des Rückganges in allen möglichen Erscheinungen suchen. Die sächsischen Wahlziffern zeigen aber nicht nur die Kosten der Spaltung, sondern auch den Gewinn aus der Einigkeit. Im Jahre 1922 war die Vereinigung der SPD. mit der USPD. erfolgt. Bald nach der Vereinigung fanden wieder Landtagswahlen in Sachsen statt. Im Wahlkampf standen sich nicht wie im Jahre 1920 vier, sondern nur noch zwei proletarische Parteien gegenüber, und der Erfolg? Für die Kandidaten der USPD. wurden 1 060 249 Stimmen, also 126 588 mehr als für die drei sozialdemokratischen Gruppen 1920.

Für den Kenner der sächsischen Verhältnisse war der Wahlausfall bei den Gemeindevahlen keine Ueberschuldung, denn die inneren Kämpfe mußten die Partei lähmen. Unbesiegbar ist die Sozialdemokratie bei Angriffen von außen, da verlagen alle Mittel der Gegner. Anders ist es bei inneren Zwistigkeiten. Die Basis der Macht ist die Einigkeit der Proletariats. Jeder, der diese stört, arbeitet bewußt oder unbewußt im Interesse der Gegner.

### Das Todesurteil gegen Willendorf.

Hamburg, 23. Januar. (W.F.) Durch das außerordentliche Gericht in Hamburg war der Arbeiter Willendorf wegen seiner Teilnahme an den vorliegenden Unruhen zum Tode verurteilt worden. Wie wir hören, wird nach gesetzlicher Vorschrift das Verfahren vor dem ordentlichen Gericht nochmals durchgeführt werden, da das außerordentliche Gericht in Hamburg aufgehoben worden ist, bevor eine Entscheidung des Reichspräsidenten über die Ausübung seines Begnadigungsrechts, ohne die eine Vollstreckung des Todesurteils nicht zulässig gewesen wäre, erfolgt ist.

Große Besetzungsoffiziere des böhmischen Spielfußartells haben jetzt — endlich — zum Rücktritt des mitverwickelten Senatspräsidenten Brausek geführt.

## München, Nürnberg, Tokio.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

In der kaiserlichen Hochschule für Musik hat Siegfried Ochs mit einem neuen Werk allen Hörern ein Fest bereitet. Wir glauben das Tebeum von Walter Braunfels zu kennen (Kasseler Tonkünstlerfest), lernten es dann im klar gearbeiteten Klavierauszug (Universal-Edition) schätzen und bewunderten nun zum erstenmal die Wucht und Fülle eines gesammelten religiösen Eindrucks, den kraftbrausenden Hymnus des ambrosianischen Lobgesanges aus dem Erleben des Münchener Tonkünstlers. Die Aufführung bereitete in schlaflosen, großartiger Form dem Werk einen selteneren Erfolg. So festhaft führte der Rausch des Chors und seines Dirigenten über die aufregenden Schwierigkeiten der Partitur hinweg, daß das Bewußtsein von Schwächen nicht wach bleiben konnte. Der Orchesterzustand ist ein immenser, doch nicht immer in gerechtem Verhältnis zum musikalischen Gehalt. Das Rhythmus einer großen, poetischen Oper ist aufgegeben, und es klingt sogar das Trillern der Nachtigall in den Schlußsätzen hinein. Oft ist die Kraft des Ausdrucks ohne innere Ueberzeugung durch den Lärm der Instrumente und das Unisono der Chorstimmen ersetzt. Verlorenes Tuba und Trompeten, Posaunen, Schreie und Stornati stimulieren äußerlich, Brudersche Melodie verleiht glückselig die Reizung, im Befehllichen die schöne Oberfläche zu streicheln. Zwischen aber klingen Partien von unmeßbarem Eigenwert, besonders im zweiten und vierten Teil, Partien, die über das figurative hinausstreben und einer wirklich frommen, trohen, gläubigen Seelenstimmung den Weg bahnen. Der ganze Schluß (non confundat) hat diesen großen Atem des musikalischen Irblierens. Hier ist die Wirkung der Erschütterung erreicht. Wie gesagt, in der Ochs'schen Darbietung (mit dem Bühnen-Orchester) war auch das, was das Rollenbild als schwach enthält, in Feiler und Stärke gemindert. Kein Wort des Lobes ist stark genug, um diese epochale Leistung zu würdigen. Die Kunst einfließenden Sott wurden von der immer noch wachsenden Lotte Leonard und von Alfred Wilder zelebriert, geweiht, nicht gelungen. Vor dem Tebeum erklang Mozarts „Ave Maria“, eines der sonnigsten Stücke des sonnigsten Meisters, und zur Einführung spielte der junge Draufgänger Fritz Kleiner die Toccata F-Dur von Bach so selbstlos und technisch gewandt, so sauber und gesund, daß man seine rechte Freude hatte.

Diesem Abend ist nichts Gleiches an die Seite zu stellen. Der Hilfsbund für deutsche Musikpflege lud zu Kompositionen des noch wenig bekannten Nürnberger Komponisten Ludwig Weber ein. Die Hasemann-Herren, Angst an der Spitze der für Modernes verborenen Musiker, setzten sich für ein Streichquartett ein. Es ist das zweite des Tonkünstlers, willkürlich in der Form, Harosim im Melodischen, geschraubt im Gehörlichen und bläht an Inspiration. Der einzige Vorzug, wenn es einer ist: ultramodern. Aber damit ist nur ein bequemes Etikett, kein Begegnungsweiss beigetragen. Wesentlich besser, wesentlich eigener sind die Lokalkompositionen. Zwar lassen auch hier die Solosätze jede natürliche Andeutung vermissen; aber an zwei geliebten Chorgesängen ahnt man einen aus dem Handwerk herausgewachsenen, eigen-

artigem Hymnus zuneigenden Tonseher. Die Nürnberger Damen trösten der Aktualität und langen beherzt und ausdrucksvoll.

Aus Tokio kommt Hidemaro Konoye und dirigiert die Ouvertüre zum Mozartschen „Schauspieltheater“ wie einen Jazz. Raum möglich, mit einiger ästhetischer Betriedigung dieses Zappeln, Zittern, dieses Abgerissenes des Faktierens vor dem Bauch mit anzusehen; kaum möglich, daß die Philharmoniker den Rhythmus nach dieser Zeichnung verstehen. Welch eine Welt liegt zwischen Berlin und Tokio! Auch der Cellist F. R. Wendelssohn hat (bei Ballo) seine liebe Not, so zu spielen, wie er möchte. Und er hat gerade einen besonderen Tag des schönen, seelenvoll gezogenen Tones! In Orchesterliedern eigener Muse hat Konoye gutes, geliebtes Handwerk bewiesen. Frieda Langendorf interpretiert sie japanisch, aber westeuropäisch dem Gefühl nach. Und das Beste an dem Konzert ist ja wohl, daß sich ein Japaner mit deutscher Kultur vertraut gemacht hat. Das ist doch anzuerkennen, auch wenn dem eifrigen Mann die Begabung zum Dirigieren abgeht.

Ein Wohlwolligkeitskonzert gab das Orchester der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten unter Gramerts ruhiger Führung. John Latie, und man weiß, daß Musiker bester Routine, keine Dilettanten oder Handwerker des Instruments hier beisammen sind. Beethovens „Coriolan“-Ouvertüre und 6. Sinfonie „Fing“ in diesem Orchester, das reich ist an sinnlichem Streicherton, und das in Dynamik und Rhythmus die besten Zeichen der Uebung verrät. Frau Celeste Chop findet beim eleganten Vortrag des Kriegeschen A-Roll-Konzertes in diesen jetzigen Beamten, früheren Militärmusikern, eine ausgezeichnete Stütze. Ein ganzer und ein berechtigter Erfolg!

### „Zigeunerbaron“ und Kriminalbeamte.

#### Ein öffentlicher Protest.

Genosse Kurt Heinz schreibt uns: Als Mitglied der Volksbühne besuchte ich am Dienstag, den 22. Januar, im Großen Schauspielhaus den „Zigeunerbaron“.

Der dritte Akt ist dort varietémäßig-dekorativ mit den einmarschierenden ungarischen und österreichischen Truppen ausgebaut. Der Radetzkmarsch, der nach meiner Meinung nicht zur Straußschen Musik gehört, gefiel einer ganzen Anzahl von Leuten, so klatschten, wohl aus den unterschiedlichsten Gründen, Beifall.

Das ist sicher erlaubt, wenn man sich auch über Regisseur und Publikum etwas wundern kann.

In meiner Nähe antworteten einige Theaterbesucher durch Pfiffe. Ihnen sollte die Militär- und Paradeorchestrapaganda im „Zigeunerbaron“ nicht. Sie gaben so ihrem Mißfallen Ausdruck. Auf diese Mißfallensäußerungen hatte das Theaterpersonal wohl nur gewartet. (St. das abendliche Uebung!) Es stürzte während der Vorstellung auf die längst wieder ruhig weiter zur Bühne Schauenden zu, packte sie von hinten an den Kleidern und versuchte sie hinauszujagen. Als das mißlang, rühten haunenswerter schnell Kriminalbeamte und Schupo an. Sie versuchten unter Schimpfwörtern das gleiche.

Das über die Störung entrüstete Publikum protestierte. Die

Rehellen der Beamten hörten daraufhin für wenige Minuten bis zum Schluß auf.

Nach Schluß stellte ich einem der Mißhandelten meine Adresse zur Verfügung. Das hatte zur Folge, daß mich zwei Kriminalbeamte auf Korn nahmen. Der eine forderte den anderen freundlich auf: „Hau den Kerl doch auf den Schädel!“ Der andere meinte: „Das ist natürlich ein Jude!“ Der Schupo-mann verzog sich mit seinen Freunden, zu meiner Verwunderung, als ich nichts antwortete hatte.

Am Theaterausgang wurden die „Verhafteten“ in Gegenwart eines lächelnden Schupooffiziers aufgestellt und dem schimpflichsten Teil der Theaterbesucher zur Verfügung gestellt. Dafür durften die „Verhafteten“ mit ihren Angehörigen nicht einmal ein Wort wechseln!

Nach steh, auch mit weiteren Zeugen, für den Beweis der Richtigkeit meiner Angaben zur Verfügung. Für ebenso selbstverständlich halte ich aber, daß sich die Leitung der Volksbühne um jenen Skandal kümmert und daß die vorgelegte Polizeibehörde eingreift. Geschieht das nicht, dann muß unter den Mitgliedern der Volksbühne eine Boykottbewegung gegen das Große Schauspielhaus eingeleitet werden! Die Polizei kann man leider nicht boykottieren.

Jeder Reaktionär erlaubt sich heute die Republik zu pfeifen, wenn mein Nachbar dagegen nicht einmal auf patriotischen Theatermumpst und Geschäftsnisse pfeifen darf, dann ist's verständlich, wenn die Arbeiter auf die Republik pfeifen. —

Englands diplomatische Justiz. Wie gut es England bei rechter Gelegenheit versteht, keine Herrennatur hinter einer großmütigen Geste zu verbergen, dafür erbringt die Behandlung, die die britischen Richter Gandhi, dem indischen Rebellen und Führer der Opposition der Eingeborenen gegen die britische Regierung zuteil werden lassen, erneuten Beweis. In dem Prozeß erklärte sich Gandhi freudig aller Vergehen, die die Anklageschrift aufzählt, schuldig und bat als Belohnung für sein Apostelstum um eine gerechte Strafe. Die britischen Richter aber wollten hinter dem Angeklagten an Seelengröße nicht zurückstehen und überließen es daher ihm selbst, die Strafe festzusetzen, die er durch seine Zulehnung gegen das Gesetz vermerkt hätte. Der Schluß dieser merkwürdigen Gerichtsverhandlung war die Verurteilung nach Verleiden des Anzeigens. Gandhi ließ sich noch keiner Zeile zurückziehen, wo es ihm freisteht, nach Gefallen zu lesen und zu schreiben und seine Lehren weiter zu verbreiten unter der einzigen Bedingung, daß er von seinen Anhängern getrennt bleibt und mit ihnen nicht direkt in Verbindung treten darf. Man will es eben um jeden Preis vermeiden, aus Gandhi einen Märtyrer zu machen.

Bei der literarischen Morgenfeier der Volksbühne E. V. am kommenden Sonntag, vormittags 11 Uhr, die neben einem Vortrag Dr. Rabfers u. a. die einmalige Aufführung von E. Stramm's „Rubinmännchen“ und, nicht Karl Post Gebichte von Heynide, Engelke, Beener, Berlel und Post.

Die Langjährige Rudolf von Coban wird am 8.—10. Feb. nur vier Vorstellungen (drei Aben) vorstellungen und eine Matinee im Theater am Rollendorfsplatz geben.

Der 25-jährige Stralbergpreis ist dem Werke „Dante und seine Zeit“ von Dr. Karl Federn verliehen worden.



## Das Ende einer Wahlparole.

Minister Hermann aus der Haft entlassen.

Weimar, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch nachmittag fand eine Besprechung der Verteidiger des Genossen Hermann mit dem Untersuchungsrichter statt, der die Vernehmung in dem Verfahren gegen Hermann geteilt hatte. Die Verteidiger beantragten die Haftentlassung des Genossen Hermann. Der Untersuchungsrichter stellte sich auf den Standpunkt, daß von einer Verdunkelungsgefahr nicht mehr gesprochen werden könne und daß er einen Fluchtverdacht ebenfalls nicht als gegeben erachte. Der zuständige Staatsanwalt stellte sich auf denselben Standpunkt. Darauf wurde der Haftbefehl ohne Stellung einer Kaution aufgehoben und der Genosse Hermann alsbald aus der Haft entlassen.

Es ist sonderbar, daß erst mehrere Wochen vergehen mußten, ehe der zuständige Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sich ebenfalls nicht mehr des Eindrucks erwehren konnten, daß ein Verdacht zur Flucht Hermanns unbegründet war und ebenso Verdunkelungsgefahr nicht vorliegt. Aber uns scheint, daß diese plötzliche Aenderung in der Gesinnung der in Thüringen auf Grund des Ausnahmerechts herrschenden Militärs und der unter ihrem Einfluß stehenden Kreise ihren Grund nicht in irgendeiner Art von Erkenntnis hat, sondern einfach durch das Ergebnis der Untersuchung gegen Hermann vorgenommenen Untersuchung begründet wird. Nach unserer Kenntnis von den gegen Hermann erhobenen Beschuldigungen und aus diesem Anlaß eingeleiteten Untersuchungen dürfte es den Gerichtsbehörden kaum noch möglich sein, die gegen Hermann erhobene Beschuldigung der Urkundenfälschung weiterhin aufrechtzuerhalten. Das gleiche dürfte auch auf die ihres Amtes enthobenen thüringischen Kreisdirektoren zutreffen.

Den Kern insbesondere der Beschuldigungen gegen Hermann bildet die Anstellung eines Verwaltungsbeamten Pfeiffer für Weimaringen. Hermann hatte den Kreisdirektor diese Anstellung zugesagt und auf Grund dieser Zusage die Anstellungsurkunde ausfertigen lassen. Das ist der Grund, um den sich das Geschrei gegen den thüringischen Minister dreht. Pfeiffer aber ist nicht etwa Sozialdemokrat, sondern ein Mitglied der bürgerlichen Parteien und befah schon das Vertrauen seines früheren bürgerlichen Vorgesetzten, der ihm ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellte. Schon daraus ergibt sich die traurige und schmachliche Art der Hehe gegen Hermann, dem in erster Linie immer wieder vorgeworfen wurde, daß er die Aufsicht gehabt habe, Sozialdemokraten durch Urkundenfälschung an die „Futterkrippe“ zu bringen.

## „Laden links“ nur im Laden erlaubt!

Die „Telegraphen-Union“ verbreitet aus Stettin folgende abenteuerliche Geschichte:

„Die in der Buchhandlung des „Volksboten“ ausgetretenen Exemplare des republikanischen Bülletts „Laden links“ Nr. 1 wurden von der Polizei beschlagnahmt und der Verkauf verboten, während der Verkauf im Laden nicht verboten wurde.“

Sollte dem Inhaber der vollständigenden Gewalt das Titelbild der Nr. 1 als eine persönliche Bezeichnung erschienen sein? Es trug die Ueberschrift: „Lächerlichkeit tötet!“

## Neue Zeitungsverbote.

Oeffentlich, 23. Januar. (Zl.) Die „Oeffentlichkeits Allgemeine Zeitung“ ist von der Besatzungsbehörde bis auf weiteres verboten worden. Ebenso wurde die „Bairische Zeitung“ und die „Mörser Zeitung“ verboten, weil sie in ihrer Nummer vom 16. Januar für die Befehle den Ausdruck „Ruhr-Invasion“ gebraucht haben. Das Verbot erstreckt sich für die beiden Blätter auf eine Dauer von acht Tagen. Degoutte hat ferner die „Wittener Volkszeitung“ bis zum 3. Februar verboten.

## Der Beamtenabbau.

Die Sparmaßnahmen der Ministerien. — Kritik des Sparauschusses.

Der Sparauschuss des Reichstags behandelte zunächst den Abbau beim Personal des Rechnungshofes, wo von 276 Beamten seit 1. April 1923 bis 31. Januar 1924 insgesamt 39 Beamte ausgeschieden sind. Beim Reichsministerium für Wiederaufbau wird der Personalstand vom 1. Oktober 1923 bis 31. Januar 1924 um 23 Proz. vermindert sein. Darüber hinaus beschloß der Ausschuss die Reichsregierung zu ersuchen, daß das Reichsministerium für den Wiederaufbau spätestens am 1. April 1924 aufgelöst werden soll. Nach den weiteren Angaben der Regierung hat das Reichsarbeitsministerium bis zum 31. Dezember 1923 insgesamt 14 Proz. seines Personals abgebaut, bei dem dem Reichsarbeitsministerium nachgeordneten Forschungsbehörden betrug der Abbau bis zum gleichen Zeitpunkt 15 Proz., beim Reichspensionsamt 17 Proz., beim Reichsversorgungsamte 22 Proz., beim Reichsverwaltungsgericht 13 Proz., bei den Reichsarbeitsverwaltungen 14 Proz. und bei den Versorgungsanstalten 23 Proz. des Bestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern am 1. Oktober 1923. Das erschien dem Sparauschuss als nicht genügend.

Im weitesten Verlauf der Beratung sah sich der Sparauschuss veranlaßt, das Augenmerk der Reichsregierung darauf zu lenken, daß bei der Nachprüfung des bisher erfolgten Abbaues der einzelnen Behörden und Ämter der Eindruck entstehen mußte, daß manche Behörden ihren Abbau schematisch auf die Erreichung der vorgeschriebenen Mindestprozentzahlen abgestellt haben. Der Ausschuss müsse mit aller Energie darauf dringen, daß der Abbau nach den durch organisatorische Einschränkungen gegebenen Möglichkeiten, und zwar in ihrem vollen Ausmaß und nicht nach Mindestprozentzahlen durchgeführt werden.

Morgen wird der Sparauschuss den Abbau beim Auswärtigen Amt und beim Reichsfinanzministerium behandeln.

## Keine Neuwahlen in Berlin?

Die auch von uns gebrachte Meldung, daß der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages auf Antrag der Deutschnationalen beschloßen hat, anfänglich der allgemeinen Stadtverordnetenwahlen in ganz Preußen im Mai d. J. auch in Berlin neu wählen zu lassen, wird von der „Germania“ mit folgendem Kommentar versehen:

„Die Zentrumsfraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung steht auf dem Standpunkt, daß ein Grund zu einer Verschiebung der Wahlen nicht vorliegt. Rechtmäßig hätten sie auf Grund des Gesetzes Groß-Berlin im Oktober nächsten Jahres zu erfolgen. Bei den übrigen preussischen Gemeinden liegen die Dinge insofern anders, als es sich da um abgelaufene Wahlperioden handelt. Der Vorsitzende der Fraktion, Herr Dr. Salhaeber, wird in einer Eingabe an die Zentrumsfraktion des Landtages das Erlernen des Antrages, die Gemeindevahlen in Groß-Berlin bereits in diesem Jahre vorzunehmen, zu widersprechen.“

Die Entscheidung liegt beim Plenum und wird in diesen

# Clas und die Mordgesellen.

Ein alldeutsch-völkischer Kriminalfilm.

Die bis auf weiteres neueste politische Mordaffäre, zu deren Opfer General v. Seckl auswichen war, hat durch die Vernehmung des Justizrats Clas, des langjährigen Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, eine überaus sensationelle Wendung genommen. Die Behauptung, daß gegen Clas vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I Haft- oder Verhaftungsbefehl erlassen worden sei, wird von der „Deutschen Zeitung“ aufgeregt bestritten, jedenfalls sieht sich Clas zurzeit auf freiem Fuße befindet.

Die „Deutsche Zeitung“ aber leistet inzwischen ihrem Herrn und Meister Bären Dienste. Der Zustand der Kopflosigkeit, der Panik, der in ihrer Redaktion herrscht, läßt sich schwer beschreiben. Er findet seinen Ausdruck in dem Bild des Blattes, das sich über den Attentatsplan folgendermaßen vernehmen läßt:

Inzwischen ist die reichlich merkwürdige Angelegenheit noch dadurch merkwürdiger geworden, daß ein hoher Beamter des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung eine Rolle dabei gespielt hat, die weder weniger, noch mehr, als eine wohlwollende Förderung des angeblichen Mordplans bedeutet. Der Name dieses eigentümlichen Wählers der öffentlichen Ordnung, sowie gewisse Einzelheiten seines Verhaltens, sind bereits festgestellt; das Gesamtbild des ungeheuerlichen Vorganges wird der Oeffentlichkeit unterbreitet, sobald die letzten Aufklärungen eingeholt sind.

Ob ein ernsthafter Plan überhaupt bestanden hat, wird die Untersuchung ergeben; es scheinen berechtigte Zweifel darüber zu bestehen.

Auf der anderen Seite beschäftigt man sich mit der Frage, wer ein Interesse daran gehabt hat, den dem Reichskommissariat „in stato nascendi“ (in der Entstehung. Red. d. B.) bekannt gewordenen (angeblichen oder tatsächlichen) Mordplan pfleglich zu fördern — nicht minder damit, wer dadurch „heringelegt“ werden sollte. Hoffentlich gelingt es, auch diese Seite der mysteriösen Sache voll zu klären.

Die Angelegenheit wird in der Tat immer merkwürdiger. Denn kaum hatte die „Deutsche Zeitung“ gegen einen hohen Reichsbeamten den ungeheuerlichen Vorwurf ausgesprochen, einen politischen Mord wohlwollend gefördert zu haben, als sie es auch schon wieder mit der Angst zu tun bekam. Es wurde nämlich der Versuch unternommen, den in unserer Wiedergabe halbfertig gedruckten Satz durch Ausweitung einiger Worte von der bereits gegossenen Platte unverständlich zu machen, doch geschah dies so ungeschickt, daß jeder Fachmann alles mit Bequemlichkeit lesen kann.

Was liegt also vor? In ihrer Angst um Herrn Clas hatte die Redaktion eine Entlassungsaffäre gegen das Reichskommissariat unternommen und gegen einen hohen Beamten dieser Behörde die phantastisch klingende Beschuldigung erhoben, er stehe mit den Mordbuben sozusagen unter einer Decke. In einem zweiten Anglisten unternahm sie aber mit unzureichenden Mitteln den Versuch, dieses Mandat wieder rückgängig zu machen. Da er misslungen ist, wird die „Deutsche Zeitung“, die ja angeblich an einer vollen Aufklärung der geheimnisvollen Angelegenheit so sehr interessiert ist, sagen müssen, wen sie meint und was sie meint.

Denn die Frage, wer „heringelegt“ werden sollte, hat, wie man zugeben wird, allgemeines Interesse. Ebenso aber auch die Frage, wer sich hat hereinziehen lassen. Bei dem bekannnten Charakter der völkischen Befreiungsbewegung ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß die eine völkische Richtung, die um Wulle, mit Lockspinnmethoden gegen die andere völkische Richtung, die um Clas, Rahr und die vaterländischen

Lagen fallen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die veränderte Haltung der Volkspartei die Quittung für den prinzipiellen Ausgang der Berliner Vorkamerwahl sein soll. Ob diese Taktik Erfolg haben wird, ist freilich noch mehr als fraglich.

## Die Grundsteuer im Landtag.

Im Landtag erfolgte gestern die zweite und dritte Beratung der vom Staatsministerium mit Gehesstraf erlassenen Verordnung über die weitere Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz. Der Hauptauschuss hat die Verordnung unverändert zu genehmigen beantragt. Es liegt hierzu eine Reihe von Anträgen vor. Die Deutschnationalen beantragen, der Verordnung die Genehmigung zu verweigern und schlagen im Fall der Ablehnung dieses Antrages einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung vor. Ebenso haben die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei Gesetzentwürfe zur Abänderung der Verordnung eingereicht. Mit zur Verhandlung gestellt wird die Große Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Prüfung der landwirtschaftlichen Steuerbefreiungsfähigkeit.

Als Abg. Stadel (Dop.) beantragt, die von keiner Fraktion gestellten Anträge und die Große Anfrage dem Hauptauschuss zu überweisen, im übrigen den Gegenstand heute von der Tagesordnung abzulehnen, kommt es zu einem

harschen Zusammenstoß zwischen Deutschnationalen und Volkspartei.

Der von dauernder Unruhe auf die Rechten geleitete H. Schliefflich wird der Antrag Stadel auf Ablehnung des Gegenstandes von der Tagesordnung angenommen. Ein Antrag der Deutschnationalen auf vorläufige Aufhebung der Steuererhebung wird in namentlicher Abstimmung mit 103 gegen 103 Stimmen abgelehnt.

Abg. Eidenann (Soz.) beantragt Ungültigkeitserklärung der Abstimmung da die Grundsteuer ja von der Tagesordnung abgelehnt worden ist.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird die Angelegenheit dem Ältestenrat zur Entscheidung überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der vom Staatsministerium erlassenen Verordnung zur Abänderung des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des gemeinschaftlichen Personalkredits. Verbunden mit der Beratung wird ein deutschnationaler Antrag auf Behebung der Kreditnot der Landwirtschaft.

Nach einer Debatte, in deren Verlauf Abg. Scholl (Soz.) die Notwendigkeit der Kreditnot für die Landwirtschaft anerkennt, wird die Verordnung genehmigt, der Antrag Windler geht an den Landwirtschaftsausschuss.

Bei Beratung des Abänderungsgesetzes betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbetriebes an eine Aktiengesellschaft begründet

Abg. Sobelka (Komm.) eine Große Anfrage der Kommunisten über die Sozialisierung des Bergbaus und kritisiert die Ricum-Verträge, die ein ungeheures Geschäft des deutschen Grunderkapitals bedeuten.

Weiterberatung Donnerstag, 12 Uhr (Kleine Vorlagen, Wohltätigkeitsgesetz). Schluß 5 Uhr.

Die „Dalsburger Volkszeitung“ ist von der Besatzungsbehörde auf acht Tage verboten worden.

dischen Verbände, gearbeitet hat. Völkische der Clas-Richtung sind des Mordplans gegen Seckl beschuldigt, die Aufdeckung des Mordplans ist aber durch Wulle-Völkische erfolgt. Wollten diese dem General v. Seckl damit jagen: „Herr, wir sind nicht so wie jene?“

Dann aber hätte sich die Sache so abgeklärt: Völkische aus dem Lager Wulle riefen nach Wörtern. Und es erschienen prompt Völkische aus dem Lager von Clas: Thormann und Dr. Grandel. Die ließ man dann agieren, bis sie sich genügend „heringelegt“ hatten — und dann zeigte man sie an.

Sodast zum mindesten ist gewiß: Im Deutschland von heute gibt es zwar nicht so große Männer wie im Italien der Renaissancezeit, aber noch viel schlimmere Schurken, nicht soviel Geist, aber noch mehr Verrat und Mordel. Das einzige Glück ist, daß sich diese feilsche Erkantung auf einen verhältnismäßig kleinen Teil des Volkes beschränkt. Hätte man nur die Kraft, das kranke Glied ganz rücksichtslos abzuschneiden, so wäre eine sehr notwendige „Befreiung Deutschlands“ vollbracht. Nichtbehandlung verspricht Erfolg! Die Behörden müssen sagen, was sie wissen!

## Die Angst vor dem Ludendorff-Prozess.

Erklärungen des bayerischen Justizministers.

München, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Beschluß, den Hitler-Prozess in Landsberg durchzuführen, richtete am Mittwoch der Demokrat und Richter am Obersten Landesgericht in München Dr. Müller im Verfassungsausschuss des Landtages einen scharfen Vorstoß. Er meinte, die Aufmachung des Prozesses in Landsberg wäre einer der verhängnisvollsten Regiefehler, die jemals in Bayern gemacht worden seien. Der Prozess müsse sozusagen im Freien, in voller Oeffentlichkeit vor sich gehen und nicht im Gefängnis. Diese Meinung werde in allen höheren bayerischen Justizkreisen geteilt und er bitte dringend um eine Revision des Entschlusses. Von dieser Stellungnahme wurde sofort der Justizminister verständigt, der dann später im Ausschuss erklären ließ, daß eine letzte Entscheidung über die Durchführung des Prozesses noch nicht gefallen ist. „Ob die Verhandlung hier oder auswärts stattfindet, liegt ausschließlich beim Vorsitzenden des Gerichts. Selbstverständlich wird der Vorsitzende die Darlegungen der Sachverständigen wohlwollend prüfen. Die das Für und Wider der Abhaltung der Verhandlung in München betreffenden Bedenken richten sich nicht dagegen, daß es unmöglich wäre, die Verhandlungen hier in München zu führen. Die Staatsregierung hat die notwendigen Machtmittel in der Hand. Es fragt sich aber, ob man nicht unnötiges Blutvergießen vermeiden soll. Eine Gefahr besteht hier insofern, als sich in der Großstadt erfahrungsgemäß bei Sensationen Neugierige zusammenballen. Wenn es notwendig wäre, nicht gegen Putschisten und Demonstrationen mit der Waffe vorzugehen, sondern gegen Neugierige, so wäre das sehr bedenklich.“

Diese letzten Sätze der Erklärung sind jedenfalls bezeichnend dafür, mit welchen Möglichkeiten die Regierung der „Ordnungszelle“ bei der Durchführung des Prozesses rechnen zu müssen glaubt.

## Studentenausschuss-Wahlen in München.

München, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss am der Universität erhielten bei nicht ganz 50 Proz. Wahlbeteiligung die Völkischen 15 von 30 Sitzen. Die Sozialdemokraten erhielten 4 Sitze, einen Sitz mehr als die vereinigten Volksparteier und Deutschnationalen.

## Kölnblockade und Pfalzlostrennung.

Das neueste Pariser Tanschangebot.

Paris, 23. Januar. (WZ.) Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet, man glaube zu wissen, daß in der Angelegenheit des Eisenbahnverkehrs in der Kölner Zone dem ständigen Oberkommissar in Koblenz Richtlinien mitgeteilt worden seien, deren zufolge er aus einer gewissen Reserve nicht herauszutreten habe. Der Oberkommissar sei von seiner (der französischen. Red.) Regierung kerner erlucht worden, sich nach Möglichkeit darum zu bemühen, daß innerhalb der Rheinlandkommission ein einmütiger Beschluß über deren Haltung gegenüber den Verhandlungen der separatistischen Regierung zustande komme. Die Rheinlandkommission könnte, laut der Korrespondent hinzu, ohne die Verhandlungen der separatistischen Regierung zu ratifizieren, auf eigene Rechnung eine Reihe von Maßnahmen treffen, die die tatsächliche Lage in der Pfalz erfordere. Der Berichterstatter nähert sich mit dieser letzten Andeutung einem vor einigen Tagen von Havas mitgeteilten Kompromißvorschlages, der darauf hinausläuft, daß die Rheinlandkommission sich die Arbeitslosenverordnung der separatistischen Regierung zu eigen machen sollte, ohne auch nur stillschweigend die separatistische Regierung anzuerkennen. Hiervon ist in den letzten Tagen nicht mehr die Rede gewesen.

## Die Militärkontrolle.

Neue Sanktionen?

Paris, 23. Januar. (Eig. Draht.) Die Vorkonferenz ist am Mittwochmorgen zu einer Sitzung zusammengetreten, die in ihrem größten Teil der Beratung der durch die jüngste an die Internationalisierte Militärkommission gerichteten Note der deutschen Regierung geschaffenen Situation gewidmet war. In dieser Note hatte, wie erinnerlich, die deutsche Regierung die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß sie gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die Kontrolltätigkeit der Internationalisierten Militärkommission, soweit sie sich auf das Meer und die militärischen Dienststellen erstreckt, als beendet betrachte. Von französischer Seite soll deshalb in der Vorkonferenz der Antrag auf neue Sanktionen gegen Deutschland gestellt worden sein. Ein Beschluß darüber ist am Mittwoch nicht gefaßt worden.

## Die Immunität der Abgeordneten.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags behandelte am Dienstag einen Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung zur Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Kröll, Roenen, Kemmler und Frau Petlin wegen Hochverrats. In einer der letzten Sitzungen hatte der Geschäftsordnungsausschuss bereits die Genehmigung zur Einverhaftung der genannten Abgeordneten erteilt, wozu aber die Genehmigung zur Verhaftung nicht eingeschlossen ist. Nach eingehender Diskussion entschied sich der Ausschuss in seiner Mehrheit dahin, den Antrag des Oberreichsanwalts abzulehnen.

Es folgte eine Erörterung über die Frage nach der Festsetzung der Anwesenheitsdauer bei Abstimmungen über Verfassungsänderungen. Vorbehaltlich einer erneuten Beschlußfassung soll es in dieser Hinsicht nach Auflösung des Reichstages bei der bisher geübten Praxis bleiben, wonach als „anwesend“ nur die Abstimmenden zu betrachten sind.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Arbeitgeber melden sich.

Von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird durch die Telegraphen-Union folgende Erklärung veröffentlicht:

Die deutsche Arbeitgeberschaft hat von dem Briefwechsel zwischen Reichsfinanzministerium und Reichsarbeitsministerium mit größtem Interesse Kenntnis genommen. Sie steht durchaus auf dem Standpunkt, daß ein staatliches Eingreifen in die Lohnpolitik der Wirtschaft unerwünscht ist. In dem Kampf der deutschen Arbeitgeberverbände gegen den staatlichen Tarifzwang ist dieser Standpunkt ja immer wieder betont worden. Sollte mit dem Schreiben des Reichsfinanzministeriums ein neuer Eingriff in die Lohnpolitik der Privatwirtschaft bezweckt gewesen sein, so würden sich die Arbeitgeberverbände hiergegen zu wenden haben.

Die Arbeitgeberschaft hat aber das Schreiben des Reichsfinanzministeriums nicht in diesem Sinne aufgefaßt. Das Schwergewicht des Schreibens dürfte vielmehr darin zu erblicken sein, daß der Reichsfinanzminister in keinen pflichtgemäßen Maßnahmen zur Stabilisierung des Reichshaushalts und zum Schutz der Währungsreform von der Privatwirtschaft mit Recht verlangen muß, daß sie nicht durch falsche, die Finanzlage des Reiches völlig außer acht lassende lohnpolitische Maßnahmen die Politik des Reichsfinanzministeriums durchkreuzt. Hier sind Gefahren zweifellos vorhanden, denn jeder Lohnabschluß der Privatwirtschaft hat, wie die Vergangenheit gezeigt hat, immer seine Rückwirkung auf die Tarifpolitik des Reiches ausgeübt und umgekehrt. Dies gilt namentlich für die Betriebslöhne des Reiches und der Eisenbahn. Wenn die Privatwirtschaft auf diese Rückwirkung keine Rücksicht nimmt, und wenn sie namentlich durch einen Tarifzwang in staatlichen Schlichtungsorganen gegen ihre bessere wirtschaftliche Einsicht noch zur allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus gedrängt wird, so wird die Unzufriedenheit der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches naturgemäß von Tag zu Tag größer werden.

Es muß auf Seiten der Privatwirtschaft alles vermieden werden, um die ohnehin schon schwere Lage der Staatsbeamten und Angestellten nicht auch stimmungsmäßig noch mehr zu verschärfen. Die Privatwirtschaft ist sich auch in ihrer eigenen Lohnpolitik darüber klar, daß das gesamte deutsche Volk noch in einem Uebergangsstadium sich befindet, und daß vor endgültigem und dauerndem Abschluß unserer Währungsreform, wie sie zurzeit auch von den Pariser Verhandlungen gefördert werden kann, das letzte Wort in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für Staat und Privatwirtschaft nicht gesprochen ist.

Dieser Meinung sind auch wir. Denn zur „Gestaltung der Arbeitsbedingungen“ haben schließlich außer den Syndikate der Unternehmerverbände, die da bescheiden als „deutsche Arbeitgeberschaft“ ihre Privatmeinung in die Welt lancieren, auch noch die Arbeitgeber ein Wortlein mitzureden. Schlimm genug, wenn ein großer Teil der Arbeitgeber den Kampfsparolen dieser Herren Folge leistet. Sie werden zu ihrem eigenen Schaden und in steigendem Maße erfahren, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ihre Rechte, ihre Gesundheit und Existenzmöglichkeit abzubauen zu lassen. Wir sind jetzt erst am Anfang des Abwehrkampfes. . .

Zu dem Schreiben selbst, das Herrn Luther zu Hilfe kommt und Herrn Brauns den wohlverdienten „Dank vom Hause Habsburg“ ausspricht, wäre verschiedenes zu bemerken. Zunächst ist es von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die den Achtstundentag als Tarifvertrag festgelegt und bis heute noch nicht gekündigt hat, eine Unvorsichtigkeit, vom „Tarifzwang in staatlichen Schlichtungsorganen“ zu sprechen. Derselben Herren fordern fortgesetzt von der Regierung alle nur erdenklichen Zwangsmassnahmen gegen die Arbeiter; sie sind es auch, die die Verbindlichkeitserklärung von Standalösen, mit den Stimmen der Arbeitgeber allein zustande gekommenen angeblichen Schiedsprüchen fordern. Doch das nur so nebenbei.

Also im Grunde habe der Reichsfinanzminister mit seinem Schreiben nur die Finanzen des Reiches wahrnehmen wollen! Wenn also die Arbeitnehmer durch allgemeinen Lohnabbau als Steuerzahler und als Verbraucher für den Staat auscheiden, dann liegt das im Interesse der Reichsfinanzen! Das ist wirklich eine zwingende Logik. Wenn die Wirtschaftskrisis durch den Lohnabbau beendet wird, dann wollen wir einmal sehen, wie die Währung und das Gleichgewicht im Reichshaushalt „stabilisiert“ werden. Oder sehnen sich etwa die Herren von der DWA, nach einer neuen Entwertungperiode, die unsere Industrie rettungslos konkurrenzunfähig machen würde?

Der Hinweis auf die Pariser Verhandlungen aber ist wirklich der Gipfel. Also die Meinung der Sachverständigen, Deutschland zu einer stabilen Währung zu verhelfen, wird davon

abhängen, ob man den deutschen Arbeitern Dumpinglöhne zahlen wird, die das Defizit des Reichsbudgets „stabilisieren“, die deutsche Exportindustrie in die Lage versetzen würden, Schmutzkonkurrenz zu treiben und den deutschen Innenmarkt dem Auslande verschließen würden. Das ist der Weisheit letzter Schluss der Führer der organisierten deutschen Arbeitgeber. Unter diesen Umständen darf man sich freilich über nichts mehr wundern.

## Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für Februar noch nicht vorgenommen haben, müssen noch heute das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

**Vorwärts-Verlag G. m. b. H.**

### Die Mißstände beim Personalabbau.

Der Allgemeine Deutsche Beamtensbund hat am 18. Januar eine längere Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der über die Art und Weise, wie der Personalabbau erfolgt, lebhaft Beschwerde geführt und insbesondere darauf aufmerksam gemacht wird, daß das zur Annahme gelangende Verfahren nicht nur der Beamtenschaft Nachteil bringen, sondern auch Gefahren für das Reich und die Länder zur Folge haben muß. Zu einer näheren Begründung der Befürchtungen und Beschwerden der Beamten würde sich eine Gelegenheit bieten, wenn die Möglichkeit zu einer persönlichen Aussprache mit dem Reichskanzler gegeben würde. In der Eingabe werden acht Punkte aufgestellt, die die wesentliche Verhandlungsgrundlage bilden könnten. Vor allem müsse mit den Beamtensorganisationen umgehend über die im Artikel 23 der Personalabbauverordnung vorgesehene Ausführungsbestimmungen verhandelt werden, und eine unaufschiebbare Notwendigkeit sei die von allen Beamtensorganisationen geforderte Schaffung eines unabhängigen und neutralen Schiedsgerichts ansehts der sich häufenden Beschwerdefälle von Verwaltungsstellen und Dienststellenleitungen gegen die elementarsten Rechtsbegriffe der Verordnung. Entfernt werden müsse der Paragraph 2 der trotz aller gegebenen Zusicherungen die Handhabe zu Willkürakten biete. Weiterhin wird die Erhöhung der Abfindungssumme verlangt. Außerdem soll den Beamtensvertretungen eine bessere Mitwirkung als bisher zugestanden werden, und schließlich werden beschleunigte Maßnahmen gefordert, um den Abgehenden den Uebertritt in andere Berufszweige zu ermöglichen. Am Schlusse der Eingabe heißt es, daß die Begründung der unterbreiteten und einiger weiterer wichtiger Forderungen bei der erbetenen Besprechung erfolgen soll. Hoffentlich nicht der Reichskanzler den Organisationen diese Möglichkeit möglichst bald.

### Gegen die Entrechtung der Arbeiterschaft.

Der Verbandsbeirat des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter beschäftigte sich in seiner Sitzung in Leipzig am 18. und 19. Januar mit den notwendigen Maßnahmen im Organisationsinteresse und besonders mit der Verordnung über die Arbeitszeit und der hieraus resultierenden Einstellung der Unternehmer zur Arbeitszeit und ihr Vorstoß gegen alle tarifliche Rechte der Arbeiter. Einstimmig brochte der Verbandsbeirat seinen Standpunkt in folgender Entschlieung zum Ausdruck:

Der Beirat des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter erhebt Protest gegen die Verordnung über die Arbeitszeit, die die Beseitigung von Rechten der Arbeiter zum Ziel hat, welche diese in jahrelangen Kämpfen auf dem Wege gegenseitiger Verständigung erreicht haben.

Der Beirat erhebt ferner Protest gegen die Anschläge der Unternehmer auf die in den Tarifverträgen verankerten Rechte der Arbeiter, noch über die Grenzen der Verordnung hinaus und gegen die Anschläge auf die tariflich vereinbarten Einrichtungen, die in gerechter Würdigung der Verhältnisse entstanden sind und den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechen, ohne daß ihnen die Verordnung hierzu ein Recht gibt. Die Arbeiter in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie, soweit sie dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter angehören lehnen jede Verantwortung dafür ab, wenn durch diese Anschläge der Unternehmer eine Periode dauernder Kämpfe ausgelöst wird.

Der Verbandsbeirat des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter bringt dabei seinen Mitgliedern in Erinnerung, daß

der Komplexion der Unternehmer nur mit Erfolg begegnet werden kann durch Beseitigung der Organisation, strengste Befolgung der von den Verbandsorganen getroffenen Anordnungen und durch einen ausreichenden Kampffonds.

### Der Kampf in Rheinland-Westfalen.

Essen, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In dem augenblicklichen Kampf um den Achtstundentag in der Metallindustrie Rheinland-Westfalens ist mit einem Rückschlag für die Streikenden zu rechnen, weil denjenigen, die nicht bereit sind, die Arbeit nach den Berliner Bestimmungen aufzunehmen, keinerlei Unterstützung gewährt wird. In Witten ist auf den Mannesmann-Werken die Arbeit wieder aufgenommen; auf den Kruppischen Werken in Annen hat die Belegschaft den Arbeitswilligen ebenfalls keine Schwierigkeiten gemacht. Auch von Düsseldorf wird berichtet, daß dort in einigen Großbetrieben die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen ist. Dasselbe trifft für Krupp in Rheinhausen zu. Dagegen gewinnt der Streik in Aachen, München-Gladbach, Solingen, Remscheid und im unbesetzten Gebiet in Hagen, Elberfeld und Barmen an Ausdehnung. Mit ernstern Konflikten ist im Ruhrgebiet selbst zu rechnen weil in einer Reihe lebenswichtiger Betriebe die Belegschaft die längere Arbeitszeit nicht annehmen will. Reichs- und Staatskommissar Wehlich hat für Donnerstag, den 24. Januar, nochmals Verhandlungen über die Durchführung des Berliner Verhandlungsergebnisses angelehrt.

### Auch die Schriftgießereien wollen den Kampf.

Die Vereinsversammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 23. Januar stattfand, nahm Stellung zu den Anträgen der Unternehmer über weiteren Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Die Unternehmer glauben die Mode mitmachen zu müssen, selbst auf die Gefahr hin, durch die unvermeidlichen Kämpfe damit um das Geschäft und den Profit zu kommen. Nach einmütiger schärfster Resolution legt die Schriftgießereien folgende Resolution einstimmig Annahme: Die am 23. Januar stattfindende Versammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen legt schärfsten Protest ein gegen die schamhaften Willkürpolitik der Unternehmer. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt und nicht in der Lage, weitere Verschlechterungen auf sich zu nehmen; sie wird sich diesen Herausforderungen zu erwehren wissen, wenn es sein muß, auch durch den Kampf.

**Wichtig, DDD-Gesamtarbeiter, Bezirk Westfalen! Heute abend 7 Uhr im Vestischen Weihensee, Leberstraße, Versammlung der DDD-Gesamtarbeiter aller Branchen. Parteilosheitslegitimiert. Der Verbandsrat.**

**Deutscher Holzarbeiterverband, Kohlen- und Goldbleibenbrände: Funktionärsversammlung am Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Arbeiterklub, Aumühlstr. 20.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Freitag abend 6 Uhr im Cool 4 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelstraße 24-26, öffentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Verwaltungsbereich, 3. Kassenbericht, 4. Bericht der Revisionen, 5. Neuwahlen, a) der Ortsverwaltung, b) der Revisionen, c) der Bibliothekskommission, 6. Verhandlungsangelegenheiten. Holzschüler- und städtisches Schneiden in Pflicht. Eintritt nur gegen Vorweisung der Delegiertenkarte für das Jahr 1924 und des Mitgliedsausweises. Die Mitglieder der Ortsverwaltung, die Revisionen und die Bibliothekskommission haben Zutritt gegen Vorweisung der Karte für das Jahr 1923. Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: A. E. E. E.; Revisionen: A. A. E. E.; Kassen: E. E. E. E.; Sonstige: E. E. E. E.; Anzeigen: E. E. E. E.; Familien: E. E. E. E.; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. *Bitte eine Beilage und „Frasenwelt“.*

Gegen rauhe aufgesprungene Haut

## CREME MOUSON

vollkommenstes Hautpflegemittel

Creme Mouson Seife \* Creme Mouson Rasierseife

**Koch & Seeland**

bürgt für Güte und Leistungsfähigkeit

in Herren- und Damen-Stößen

Tsch. Kammergasse, Labradierstr. 18-14-13-

Sertraudentstr. 20/21 Sonn 1893

# Außergewöhnliches Angebot

**Donnerstag und Freitag, soweit Vorrat**

| Südfrüchte  | Wild u. Geflügel                                    | Frisches Fleisch   | Konserven   | Kolonialwaren                          |
|---|---|--|---|--|
| Apfelsinen . . . . . Dtz 60 Pf.   | Hasen <sup>gestrielt u. ausgeworfen</sup> Pfund 1.- | Hammel-Vorderfleisch Pfund 70 Pf.                              | Spinat . . . 2 Pfund-Dose 90 Pf.                                      | Amerikanisches Auszugmehl Pfund 18 Pf. |
| Zitronen . . . . . Dtz 35 Pf.   | Krammetsvögel Stück 18 Pf.                          | Hammelrücken . . . . . Pfund 70 Pf.                            | Stang.-Schnittbohnen 2 Pfund-Dose 1.15                                | Gelbe Erbsen Pfund 22 Pf.              |
| Mandarinen . . . . . Pfd 52 Pf.   | Masthühner holländ Pfd 1.80                         | Gehacktes Fleisch . Pfund 70 Pf.                               | Stang.-Brechbohnen 2 Pfund-Dose 1.15                                  | Backobst, gemischt, Pfd 40 Pf.         |
| Kranzfeigen . . . . . Pfd 45 Pf.  | Hirschragout . . . Pfund 0.60                       | Schweine-Bauch u. Blatt mit Beilage . . . . . Pfund 90 Pf.     | Schoten mittelfalt. 2 Pfund-Dose 1.45                                 | Schnittnudeln Pfund 26 Pf.             |
| Almeia-Weintrauben Pfund 90 Pf.   | Hirschblatt . . . Pfund 1.-                         | Schweine-Schinken Pfund 90 Pf.                                 | Stangenspargel sehr stark, 2 Pfund-Dose 2.75                          | Maikaroni . . . Pfund 40 Pf.           |
| Graue Reinetten Pfd 32 Pf.  | <b>Rotwein</b>                                      | Pa. fettes Ochsenfleisch 55 Pf. Gefroren, Kamm und Brust, Pfd. | Rindsgulasch 2 Pfund-Dose 1.10  | Gebrannter Kaffee Pfd 1.85             |
| <b>Weißwein</b>   | 1922 Neckarsulmer 1/2 Fl 1.60                       | <b>Wurstwaren</b>  | Dänische Milch 7-8% Fettgehalt, große Dose 52 Pf.                     | Kakao stark entölt, Pfund 1.20         |
| 1922 Thüngerheimer Wagenwand 1/2 Fl 1.10  | 1922 Dürkheimer Portugieser . . . . . 1.80          | Zwiebelleberwurst . . Pfd 54 Pf.                               | Oxford-Sausage (Würstchen in Kalbfett) Dose 2 Pfund netto Inhalt 1.95 | <b>Käse</b>                            |
| 1922 Ronsackerer Gernsberg . . . . . 1.40   | 1922 Oeringelheimer Portugieser . . . . . 2.-       | Landleberwurst . . . . . Pfd 96 Pf.                            | Spezialmischung mit 40 % Bohnenkaffee Pfund 95                        | Quadra-käse . . Pfund 48 Pf.           |
| <b>Frankenwein</b>  | 1922 San Anton, Spanien 2.10                        | Fleischwurst Thüringer Art, Pfd. 1.10                          |   | Tilsiterkäse . . . Pfund 74 Pf.        |
| 1920 Dürkheimer Riesling 1.40   | 1921 Dellmonta, Spanien 2.40                        | Feine Leberwurst . . . Pfd. 1.40                               |   | Romatourkäse Pfund 55 Pf.              |
| 1920 Dürkheimer Nonnengarten . . . . . 2.50   | 1920 Walporzheimer Domberg . . . . . 3.40           | <b>Corned Beef 285</b> Dose 6 Pfd., engl. Gewicht . . .        |   | Edamerkäse . . . Pfund 1.05            |
| 1920 Königsbacher Reiterp. ad Weid. Wasser Verso 3.80                                     | 1919 Chät. Latour, Bordeaux 3.90                    |  |   | Speise-Magarine 1 Pfd. 52 Pf.          |
| 1921 Neumag. Engelgrube Weidung Th. Lion-ern-eyer Vorsiglob. entzwickelter Maschweis 4.50 | 1918 Chät. de Puisseguin „ Burgunder 4.80           |  |   |  |
|   | 1918 Cote de Beaune Burgunder 3.80                  |  |   |  |
|   | 1918 Beaujolais Burgunder 5.20                      |  |   |  |

**Jamaika-Rum Verschnitt** 1/2 Fl. 2.80 (einschließlich Flasche) 1/2 Fl. 1.50

**Tafel-Apfelwein** einschli. Bild. Ström. 50 Pf.

# A. Wertheim

**Grüne Heringe** 20 Pfund 35 Pf. Große

**Makrelen-Bücklinge** . . . Pfund 48 Pf.



# Blütenzauber im Winter.

## Nützt der Blumenluzus? — Aus der Arbeit des Treibhausgärtners.

Sa, die Reichen, so wird ein großer Teil der Berliner Bevölkerung sagen, wenn er die Stücker-Jünglinge und die eleganten Damen mit den blauen Seidenpapier umhüllten Blumenpendeln sieht. Winterblumen sind naturgemäß teuer. Um sie heranzuziehen, bedarf es besonders sorgfältiger Wartung und die Kenntnis dieser Dinge, die ein fleißiges Gewerbe unterhalten, ist nur wenig verbreitet.

### Blüten durch — Kohlen.

Wenn draußen das Thermometer minus 15 Grad zeigt und ein Nord- oder Oststurm tobt, muß das Feuerungsmaterial zerknirschend in die Kesselheizung der Treibhäuser geworfen werden; am zweckmäßigsten wird noch immer Schmelzholz sein, dessen Preis allerdings noch weit über den Friedensbetrag steht. Aber er gewährleistet am sichersten eine Temperatur von 12 bis 20 Grad im Treibhause, die namentlich bei Klettertreibern durchaus notwendig ist. Nur in einer so warmen und daneben noch durch fleißiges Spritzen mit Feuchtigkeit gesättigter Luft vollzieht sich das Wunder, daß der noch im September und Oktober draußen lagernde Klettertopf seine Knospen zu herrlichen Blüten entfaltet. Wehe dem Gärtner, der es in dieser Zeit an Aufmerksamkeit fehlen läßt oder der das Unglück hat, daß die Heizung aus irgendeinem Grunde, z. B. Verwerden der Leitungsröhren verfaßt. Flieder und Schneeball sind mit die zuerst am meisten vorhandenen Blumenpendeln. Daneben treten allerdings noch die letzten Chrysanthemmen auf. Die äußerst dekorativen weißen und violetten (Weihnachtssterne) werden nur vereinzelt kultiviert, und Almaris und Draciden sind durchweg besonderen Spezialgütern vorbehalten. Früher gab es aber schon zu Weihnachten noch das billige „kleine Gemüse“, die Tulpen und Karaffen. Da ihre Zucht in Holland importiert werden, hat der teure Anschaffungspreis die meisten Gärtner zur Aufnahme dieser Treiberei bewogen. Auch in Deutschland betriebene Rosen sind jetzt noch selten. Wer der Natur ein Schnippen schenken will, muß eben einen ziemlich großen Geldbeutel besitzen und zudem kein Fach aus dem er versteht. Später, wenn die Sonne öfters scheint und auch schon mehr wärmt, ist das Treiben leichter und wer ganz ohne Heizung arbeitet, aber genügend Treibfenster resp. Häuser besitzt, wird zu Auszug des Winters durch Ueberbau von im Freien ausgespannten oder ausgelegten Sträußern, Säulen oder Blumenzweigen meist ein besonders gutes Geschäft machen.

### „Wo zu der Aufwand?“

Diese Frage wird wohl der Feind jeden Luxus stellen. Dem ist entgegenzusetzen, daß die Luxusgüter auch ihren Nutzen haben. Erstens werden die Erzeugnisse, die die Blumen nach den im Norden und Osten ansehnlichen Ländern (Skandinavien, Polen, Rußland) übermitteln, deren Kälteperiode bekanntlich eine viel längere ist, zweites — und das ist seit den letzten zehn Jahren, wo wir in der Hauptsache auf die eigene Heranbringung unserer Nahrung angewiesen sind, ein sehr wichtiger Grund geworden — erstattet die Wintertreiberei die gleichzeitige frühe Heranzucht von jungen Gemüseläuzen. Diese wurden früher in den im Februar frisch gepackten Mistbeeten herangezogen, aber seitdem der Mist nicht nur teuer, sondern auch infolge des Ueberwiegens des Autos in den Städten verhältnismäßig selten geworden ist, haben die meisten Gärtner sich damit befaßt, die Heranzucht aus Samen in den sogenannten „kalten“ Kisten vorzunehmen. Daß diese Methode nicht so zeitige Resultate bringt und zudem stark von dem Ausgange Winters herrschenden Wetter abhängig ist, liegt auf der Hand. Der mit Treiberei arbeitende Gärtner muß nun die ihm zu Gebote stehende Wärme aus, um die jungen Pflänzchen heranzuziehen, ja er wird meist Gekochtes nehmen, sie aus dem Samenbeet oder -kasten herauszunehmen und an anderer geeigneter Stelle wieder einzupflanzen (oder vor einzupflanzen) — er erzielt dadurch frühe, kräftige Pflanzen mit Wurzelballen die nach einiger Abhärtung auch früh dem Boden anvertraut werden können. Da sie sonst Kraft in sich tragen, um die Unbilden unseres Frühjahres zu überleben. — Daß auch noch andere wirtschaftliche Gründe für die massenhafte Aufzucht der Wintertreiberei sprechen, sei hier wenigstens kurz erwähnt. In Frage kommt die Steuerbefreiung, die gute Instandhaltung der vorhandenen Baustellen, denn aber vor allem auch die dauernde Beschäftigung zahlreicher Gelehrten. Würde

die Erwerbsgärtnerei durchweg ein Saisonbetrieb, so hätte eine solche Verallgemeinerung zweifellos schwere wirtschaftliche Nachteile.

Vielleicht denkt nun doch der eine oder andere beim Anblick der teuren Luxusblumen zugleich an die nicht sichtbare Arbeit, die sich den Pflänzchen widmet, aus denen einst Gemüse aller Art hervorgehen wird, die für die Volksernährung von so großer Bedeutung sind.

### Eine feine Gesellschaft.

Der rühmlich bekannte Rektor der Berliner Universität, Professor Koethe, hielt neulich in Gegenwart des Oberbefehlshabers der deutschen republikanischen Reichswehr zu Ehren der Gründung des Kaiserreiches eine Rede, deren Spitze, wie nicht anders von diesem „Führer“ zu erwarten war, gegen die Republik gewandt war. Rektor Koethes teufliche Gefolgschaft trampelte frenetischen Beifall — wie auch nicht anders zu erwarten war. Kein Fischen, kein despektierliches Psi profanierte die heiligen Räume der ehemals königlichen Universität. Die Herren waren in puncto Dummheit und Engstirnigkeit ganz unter sich. Die sozialistische und republikanische Jugend war dieser Feier ferngeblieben. Aber sollte sie nicht gemeinsam mit den republikanischen Professoren und Dozenten — es gibt ja solche an der Berliner Universität — nicht doch noch hinterher öffentlich gegen diese Verhöhnung der republikanischen Hochschule ihre Stimme erheben? — In Wien machen christlich-sozialen Studenten Krach an der Universität, als lebten sie noch immer unter der Regierung des von Gottes Gnaden letzten Franz Josef. Der Rektor macht kurzen Prozeß: er sperrt die Universität. Der Verband von Professoren und Dozenten erhebt Protest gegen das Betragen der Standesgenossen. — In Dresden organisieren die völkischen Hakenkreuzjünglinge eine hohlröpfige Manifestation gegen Tollers „Hinkemann“. Es genügt ihnen nicht, daß einer der begabtesten Dichter des neuen Deutschland noch bis zum Juni 1924 zwar arbeitslos an Leib, doch frei an Geist im Kerker schmachten muß. In Berlin gibt sich dafür dieselbe Jugend am Reichsgründungstag ein Stellchen in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, um ihren lieben alten Herrschern ein neues Unheil für das deutsche Volk anzuflehen.

Groß ist des Volkes Not. Schulen, Jugendwohlfahrt, Justiz, alles, was Deutschland an Kultur in jahrhundertlangem Kampf errungen, soll abgebaut werden — aus Sparmaßregeln. Doch Geld genug hat die Republik für diese ihr feindliche „feine Gesellschaft“: Professoren, Studenten und höhere Schüler. Sollte man die nicht in erster Linie trocken legen. Ein Geschlecht soll herangezogen werden, das nach berühmten Mustern in Zukunft das Volk zuführen kann. Armes Volk! Doch es ist noch nicht aller Tage Abend. Es kann auch wieder anders kommen!

### Freifahrt für Ferienkinder.

Der Reichsverkehrsminister hat jetzt angeordnet, daß den Kindern, die bisher auf der Reichsbahn ein Viertel des Fahrpreises vierter Klasse zu zahlen hatten, vollständig freie Fahrt gewährt wird, deren Kosten vom Reichsministerium des Innern übernommen werden. Die Kinder und ihre Begleiter erhalten wie bisher einen vom Verein „Bundschuh für Kinder“ oder der Hauptvermittlungsstelle für das betreffende Ausland besorgten Antrags zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung (auf grünem Papier) und außerdem ein mit dem Stempel des Vereins und einer fortlaufenden Nummer versehenes Anerkennnis, durch das die Beförderung der Kinder bestätigt wird; aus Grund dieser beiden Ausweise werden die Fahrkosten gestundet und später mit dem Reichsministerium des Innern verrechnet, das die Hälfte (also ein Viertel des Fahrpreises vierter Klasse) der Reichsbahn vorräumt, während die andere Hälfte von der Reichsbahn getragen wird, so daß sie — da die Kinder in der dritten Klasse von Schnellzügen befördert werden — für jedes Kind und jeden Kilometer etwa 3 Pfennige aus eigenen Mitteln zuzahlt.

„Zu Hause werde ich meinem Alten ganz kalt erklären: Du, unter uns gesagt, ohne Lackstiefe und Frack bringst du mich nicht auf den Abiturientenball. . . Hör mal, Jürgen — aber Discretion bitte —, ich sage dir, daß ich mich auf dem Ball nicht mit unferen Tanzstundengängern abgeben werde. Kann mir nicht passieren!“

„Und wenn einem von euch in meiner Fabrik — das heißt, in unserer Fabrik — etwas zustößt, dann bekommt er eine Rente sein Leben lang.“

„Ich halte mich glatt an die Schönheiten, die tadellos tanzen können. Oder hast du etwas gegen einen Bu'en einzuwenden? Ich nicht.“

Als Adolf sich verabshiedet hatte — „Ich werde Gelegenheit nehmen, dir heute nachmittags meinen Besuch abzustatten“ —, dachte Jürgen darüber nach, weshalb er vor einigen Tagen zum ersten Male in seinem Leben ernstlich über das Dasein und die Not der anderen nachgedacht hatte. „Weshalb nicht schon Jahre vorher? Weshalb gerade an dem Abend, als ich nach dem Essen im Garten stand und im Nachbarhause die zornige Männerstimme und gleichzeitig vereinzelte Töne einer Ziehharmonika hörte?“

Bisher habe er doch immer nur, und auch dann nur veranlaßt durch ein qualvolles persönliches Erlebnis, über sich selbst und seine eigene Not nachgedacht; und in jener Minute, ohne jeden äußeren Anlaß und unerforschlicherweise plötzlich darüber, warum Phinchen, dieses unermüdete und nicht dumme Dienstmädchen, ihr Leben lang in der Küche stehen, Stiegen, Schuhe und Fenster putzen, Schlafzimmer aufräumen müsse, häßlich gekleidet und ungebildet sei, zum Beispiel nie lese, gute Bücher gar nicht verstehe, während die Tante und er die sorgfältig zubereiteten Speisen verzehren, die von Phinchen sorgfältig geplättete Wäsche tragen und Shakespeare oder Goethe lesen könnten, wenn sie wollten; warum die siebzehnhundert Arbeiter von ihrem vierzehnten Jahre an bis zum Tode täglich von früh bis abends in der Papierfabrik des Herrn Hommes arbeiten müßten, während ungezählte tausende junger Männer und Mädchen, die wenig oder nichts arbeiteten, hübsch gekleidet und gepflegt täglich spazieren gehen konnten; warum die Arbeiter so schwere, täglich und stündlich zu erfüllende Pflichten hatten — und die Wohlhabenden zum Teil recht angenehme oder gar keine; warum es überhaupt Reiche und Arme gab, und warum der arm und der reich war;

### Auf Wofjaks Spuren.

#### Aus dem Werdegang eines Kriegsgewinners.

Die Vermögen „gemacht“ werden, ließ eine Verhandlung vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III durchbilden. Der Mechaniker Karl Müller war als Arbeiter bei der Reichsgewerkschaft beschäftigt gewesen. Eines Tages machte er sich aber selbstständig und errichtete eine eigene Schreibmaschinenreparaturanstalt. Das war ein glücklicher Gedanke! Denn das Unternehmen nahm schnell einen großen Umfang an und Müller erwarb erhebliche Reichtümer, so daß er bald neben anderen Gläubigern Besitzer einer hochherrschafflichen Villa war.

Das es vielleicht mit dem so schnell erworbenen Reichtum nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sein dürfte, läßt die Anklage vermuten, die wegen versuchten Betruges und unlauteren Wettbewerbes gegen Müller erhoben worden ist. Müller wurde beschuldigt, den Angestellten der Reichsgewerkschaft, die die Reparaturen zu vergeben hatten, namhafte Geschenke gemacht zu haben, um sie zu veranlassen, ihm zu bevorzugen. Müller ist dann aber noch weiter gegangen, und in den Spuren Wofjaks wandernd, an einen Angestellten in leitender Stellung mit dem Ansuchen heranzutreten, ihm Reparaturen zu beschleunigen, die nicht statigefunden hatten. Das Geschäft sollte im größten Maße inszeniert werden, so daß ihr beide Teile große Gewinne herausbringen sollten. Der Angestellte ging zum Schein auf den Vorschlag ein, verständigte aber seine Vorgesetzten. Als nun Müller eine außerordentlich hohe Reparaturrechnung, unter der sich auch die vollkommene Umarbeitung von Schreibmaschinen befand, einreichte, wurde gegen ihn Klage erhoben. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß bei der Ariensozialen recht unerbauliche Zustände vorhanden waren. Nach Aussage von Zeugen soll der Angeklagte genötigt gewesen sein, Angestellten fortwährend große Geschenke, darunter Klaviere und Grammophone, zu geben. Der Angeklagte, der in der Verhandlung ziemlich wirres Zeug über Ostkultivismus und Spiritismus vorbrachte, und der im Laufe des Verfahrens sich als Ränomane erwies, hatte, indem er Gericht, Staatsanwaltschaft und Sachverständige mit hunderten von Briefen überhäufte, wurde von Oberarzt Dr. Bierregge als Psychopat und typischer Kriegsgewinnler bezeichnet, dem seine Gewinne in den Kopf gestiegen seien. An der Zurechnungsunfähigkeit hatte der Sachverständige aber keinen Zweifel. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht trat der Gefängnisverurteilung des Angeklagten Rechnung, indem es ihm nur zu vier Monaten Gefängnis verurteilte und ihm dafür Bewährungsfrist, allerdings unter Auflegung einer sehr hohen Geldbuße, gewährte.

### Der Nord an dem Gutsinspektor Paschke.

Zur Aufklärung des schweren Verbrechens, dem am Abend des 20. November v. J. der Gutsinspektor Sigismund Paschke bei Bernau zum Opfer fiel, hat die Kriminalpolizei eine neue Fahndung eingeleitet. Die für zweifelhafte Angaben aus dem Publikum ausgelegte Belohnung von 2000 Goldmark ist jetzt auf 5000 Goldmark erhöht worden. Außerdem wird versucht, mit Hilfe des „Kinostrobilieres“ den Tätern auf die Spur zu kommen. Paschke übertraf, wie wir seinerzeit mitteilten, gegen 9 Uhr abends auf der Feldmark des Gutes Böhme drei Felder an einer Weizenmiese und nahm sie mit einem Wächter fest. An der Begegnung Chaussee Böhme-Börnike und Landweg Böhme-Billmersdorf schlugen die Verbrecher den Gutsinspektor mit einem Knüttel zu Boden und zertrümmerten ihm darauf mit einem 35 Pfund schweren Feldstein den Schädel. Im Kampfe verletzte der Ueberfallene einen der Angreifer durch einen Schuß aus seiner Browningpistole, Kaliber 7,65, wahrscheinlich ein Stück Weges getragen haben, erlitten die beiden anderen über die Felder nach dem sogenannten Besenbindersteig in der Richtung auf Bernau. Anhaltspunkte für die Ermittlung der Täter, vielleicht gewerksmäßiger Felder, sind besonders die Dreieckknüttel, die ihnen abgenommen wurden. Besonders einer, der sehr charakteristisch ist. Er besteht aus einem 50 Zentimeter langen Stuhlbein, an dessen Seite ein anderes Stück Holz angeknüpft ist, wahrscheinlich zur Verstärkung. Das angenehme Stück rührt von der Seite eines Leiterwagens her und ist ursprünglich schwarz lackiert gewesen. Dieser Knüttel wird jetzt im Bilde in den Berliner Kinos gezeigt. Man hofft, auf diese Weise seine Herkunft und

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

# Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Nicht jeder Deutsche kann die Universität besuchen. Das ist doch einleuchtend.“

„Denn woher sollten sonst die Briefträger und Hausdiener genommen werden.“

„Aber die Schreibertische beim Stadtmagistrat bekommen Sie. Ich habe schon gesprochen. . . Machen Sie mir Ehre. Werden auch Sie ein geachteter Mann.“

Die Professoren liehen dem Rektor den Vortritt, verbergten sich in höflicher Erregung immer weiter von der offenen Tür weg.

Adolf Sinshaimers Gesicht, das aus einem Rahmen oval herausprang, denn er trug seit Jahren ein schwarzes Seidenband straff über die wegstehenden Ohren gespannt, damit sie sich mit der Zeit anlegen sollten, war während der Prüfung so aufgedunsen, daß er das Band abnehmen mußte. Sofort wurden beide Ohren lebendig, schnellten nach vorne. „Jetzt, mein Ueber, geht das Leben an. Weist du, was das bedeutet: das Leben? Ich bin grandios glücklich. Morgen kaufe ich mir einen steifen Hut und trete dem Klub junger Konfekte bei. . . Man ist ganz unter sich im Klub. Keine Weiber!“

Jürgen lehnte nach einem hartnäckigen Kampfe mit der Tante durch, daß er nicht Staatsbeamter werden muß, sondern Philosophie studieren darf, schreibt eine Abhandlung, die ungeheures Aufsehen macht, und wird daraufhin zum Bürgermeister gewählt. . . Das ist Glück!“

„Du kannst dich darauf verlassen, daß das Glück ist.“ Während Adolf Sinshaimer von den Anwesen sprach, die er sich machen lassen werde, wurde Jürgen Besitzer einer Fabrik, in der zwanzigtausend Arbeiter beschäftigt sind, und bestimmt mit einem Federmaße, daß alle zwanzigtausend Arbeiter, alle Beamten und er selbst von jetzt an ganz gleichmäßig am Gewinn beteiligt werden.

Der alte Buchhalter sagt bestürzt: „Aber ich bitte Sie, Herr Direktor. . .“

„Genug! Ich will das so. Das ist nur gerecht.“ Und Jürgen schickt den alten Buchhalter freundlich, aber entschlossen fort.

warum die Armen tun müßten, was die Reichen wollten; ob all das ein Naturgesetz oder menschliche Willkür war.

Seit jener rätselhaften Sekunde hing er in einem Gedankennetz und suchte vergebens den Mittelpunkt, von dem aus die Grundursache der Gemeinheit des ganzen Lebens, die ihn bedrückte, verstanden werden könnte.

Die Tante empfing ihn freudig mit den Worten: „Alles liegt hübsch klar und geordnet vor dir. . . Du wirst Staatsbeamter. Amtsrichter in einem hübschen, kleinen Städtchen. Das ist dein Lebensweg. Ich bin so glücklich.“

Jürgens Kopf nickte. „Du taugst zu nichts anderem.“ Wut wollte herausbrechen. Und wurde zu einem schiefen, gefährlichen Lächeln, während die Tante sich feierlich erhob, das Tischgebet zu sprechen.

„Ich werde nicht Amtsrichter. Ich will keine Urteile fällen über andere.“

Das Dienstmädchen war halbwegs in der Stube stehen geblieben, die Hände gefaltet.

„Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. . . Bringen Sie diesmal auch eine Flasche Wein, Phinchen.“

Das besonders feine Damasttischstuch, das selten benutzte schwere Familienbesteck, die Feierlichkeit der Tante und Jürgens Bemerkung machten, daß das Mahl steif und schweigend verlief.

„Und wenn du nachher Amtsrichter bist“, begann bei der Süßspeise die Tante in gutem Tonfall, als ob sie Jürgens Beforderung gar nicht vernommen hätte, „wirfst du erst so recht einsehen, daß eben gerade die strenge Pflächterfüllung dir die Achtung deiner Mitmenschen einbringt. Du wirst ein geachteter Mann sein. Und das ist die Hauptsache: Ein Mann, der sein sicheres Auskommen hat! — Auch wenn ich einmal nicht mehr da sein werde. Die Pflicht vor allem!“

Phinchen brachte hervor, das gnädige Fräulein sterbe gewiß noch lange nicht. Die Tante deutete mit dem Zeigefinger auf ihre Brosche: „Meine Brust harmoniert nicht.“ Und Jürgen fragte: „Aber was ist Pflicht?“

„Das weiß doch jeder Mensch. Jeder Mensch muß seine Pflicht tun. . . Bringen Sie noch etwas Kompott. . . Du willst nicht Amtsrichter werden? Ich sage: du mußt es werden. Du willst keine Urteile fällen? Du mußt Urteile fällen. Denn dein Vater hat dich zum Amtsrichter bestimmt. Ich sage nochmals: Die Pflicht vor allem!“ (Fortsetzung folgt.)











